



Wien, am Donnerstag, 20. Dezember 2018

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2020

Schwächere Weltwirtschaft und hohe Unsicherheit bremsen heimische Konjunktur

Sperrfrist: Donnerstag, 20. Dezember 2018, 10:30 Uhr

Im Einklang mit der nachlassenden Konjunkturdynamik im Euroraum hat sich das kräftige Wachstum der heimischen Wirtschaft im Jahresverlauf merklich verlangsamt. Von der hohen Unsicherheit im konjunkturrelevanten Umfeld gehen zusätzlich dämpfende Effekte aus. Nach 2.7 % im ablaufenden Jahr erwartet das Institut für die Jahre 2019 und 2020 ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft von 1.7 % bzw. 1.6 %. Mit rund 2 % sollte der Inflationsdruck verhalten ausfallen, während die Arbeitslosigkeit mit einer Quote von knapp 7 ½ % relativ hoch bleibt. Die beträchtliche außenwirtschaftliche Unsicherheit (Brexit, protektionistische Handelspolitik, Entwicklung der Weltkonjunktur) bildet ein bedeutendes Abwärtsrisiko für die heimische Wirtschaft. Erforderlich sind tiefgehende Strukturreformen, um das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu kräftigen und die Widerstandskraft gegenüber internationalen Konjunkturreinbrüchen zu erhöhen.

Nach einem kräftigen synchronen Aufschwung im Vorjahr verlangsamte sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft im ablaufenden Jahr merklich. Die Unterschiede in der konjunkturellen Dynamik zwischen den Ländern haben dabei zugenommen. Während sich das Wachstumstempo der Wirtschaft in den USA, angetrieben durch kräftige Fiskalimpulse, erhöhte, verlangsamte sich die Konjunktur im Euroraum und in Japan. Die hohe Unsicherheit, etwa über die Ausgestaltung des Brexit und über die weitere Entwicklung der handelspolitischen Konflikte, spiegelte sich in einer Verschlechterung der konjunkturrelevanten Stimmungsindikatoren wider. Die Abschwächung der Konjunktur im Euroraum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die heimische Konjunkturentwicklung. Nachdem die österreichische Wirtschaft zwischen dem vierten Quartal 2016 und dem ersten Quartal 2018 äußerst kräftig expandierte, nahm seither das Wachstumstempo merklich ab. So betrug laut Trend-Konjunktur-Komponente das Wirtschaftswachstum im zweiten und dritten Quartal nur mehr 0.6 % bzw. 0.4 %, nach 0.8 % zu Jahresbeginn. Insgesamt trugen alle Nachfragekomponenten zur immer noch robusten wirtschaftlichen Dynamik im dritten Quartal bei; allerdings verlor die Industriekonjunktur merklich an Schwung. Das Institut geht weiterhin davon aus, dass die heimische Wirtschaft nach einer zweijährigen Hochkonjunktur auf einen moderateren Wachstumspfad einschwenkt. Somit sollte das Bruttoinlandsprodukt, nach einem Wachstum von 2.7 % im ablaufenden Jahr, in den Jahren 2019 und 2020 um 1.7 % bzw. 1.6 % zulegen. Während die österreichische Wirtschaft im ablaufenden Jahr deutlich schneller als die des Euroraums gewachsen ist, dürfte sich das Wachstumstempo im weiteren Prognosezeitraum angleichen.

Die weltwirtschaftliche Dynamik hat im zu Ende gehenden Jahr merklich an Schwung verloren, allerdings mit beträchtlichen regionalen Unterschieden in der Wachstumsdynamik. Die kräftigen finanzpolitischen Impulse treiben die US-Wirtschaft. Diese legte im zweiten und dritten Quartal um 1.0 % bzw. 0.9 % zu. Hingegen verlangsamte sich im Euroraum das Wachstum im dritten Quartal auf 0.2 %, nach 0.4 % in den ersten beiden Quartalen. Zu Jahresende 2017 hatte die Wachstumsrate noch 0.7 % betragen. In Deutschland und Italien war die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal sogar rückläufig. Die Abschwächung im dritten Quartal im Euroraum wurde aber vermutlich größtenteils durch Sonderfaktoren verursacht. So sollte der Rückgang in der Automobilproduktion, verursacht durch Probleme bei der Umsetzung neuer Standards für die Abgasmessung, nur temporärer Natur sein. Insgesamt gesehen scheint die Konjunktur im Euroraum weiterhin aufwärts gerichtet zu sein; unterstützend wirken die aufgrund der geldpolitischen Ausrichtung anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und die eher expansive Fiskalpolitik. Die Wirtschaftsentwicklung in den Schwellenländern verlief im Großen und Ganzen robust. Die von der Straffung der US-Geldpolitik ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten der Schwellenländer haben nicht zu einem allgemeinen Wirtschaftseinbruch geführt; manifeste Krisen gab es lediglich in Argentinien und der Türkei. Ausgehend von den Zuwächsen zu Jahresende 2017 hat sich der Welthandel im Verlauf des heurigen Jahres nur langsam ausgeweitet. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften haben sich die Inflationsraten im Jahr 2018 zwar merklich erhöht; dies lässt sich aber primär auf den Ölpreisanstieg zurückführen, wohingegen die Kerninflation kaum gestiegen ist. Insgesamt gesehen deuten die vorliegenden Indikatoren auf eine Fortsetzung des weltweiten Aufschwungs hin, allerdings mit geringerem Tempo.

Das Institut erwartet somit folgendes internationales Konjunkturbild: Nach einem Wachstum von knapp 3 % im ablaufenden Jahr könnte die US-Wirtschaft nächstes Jahr noch um 2.5 % zulegen. Im Jahr 2020 sollte die Wachstumsrate auf 1.8 % zurückgehen. Im Vergleich zur Oktober-Prognose wurde die Einschätzung der Wachstumsaussichten für den Euroraum leicht zurückgenommen. Ausgehend von 1.9 % im ablaufenden Jahr werden nunmehr Zuwachsraten von 1.7 % bzw. 1.6 % erwartet. In den Schwellenländern dürfte das Expansionstempo nur geringfügig abnehmen. So wird sich das Wirtschaftswachstum in China voraussichtlich von 6.6 % auf 6.2 % bzw. 6.0 % verlangsamen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.5 % bzw. 3.4 % expandieren, nach 3.7 % im ablaufenden Jahr.

Im bisherigen Jahresverlauf hat der private Konsum in Österreich stark zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Impulse gehen von der guten Entwicklung der Realeinkommen und dem hohen Konsumentenvertrauen aus. Das Institut rechnet daher weiterhin mit einem Zuwachs von 1.8 % im ablaufenden Jahr. Im kommenden Jahr sollte der Familienbonus die Einkommensentwicklung kräftigen, sodass trotz schwächerer Konjunktur ein Konsumwachstum von 1.5 % erwartet wird. Im Jahr 2020 sollte der private Konsum um 1.4 % zulegen. Der private Konsum bleibt damit eine wichtige Wachstumsstütze. Die Konsumprognose impliziert einen leichten Rückgang der Sparquote von 6.8 % im Vorjahr auf 6.5 % im Jahr 2020.

In den letzten Jahren war die Investitionskonjunktur sehr kräftig. Die Bruttoanlageinvestitionen sind im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 3.4 % gewachsen. Mit der Verschlechterung der internationalen Konjunkturaussichten dürfte sich auch die Realkapitalbildung verlangsamen. Allerdings stützen die weiterhin hohe Kapazitätsauslastung und die günstigen

Finanzierungskonditionen die Investitionsneigung. Für den weiteren Prognosezeitraum wird eine Abschwächung des Investitionswachstums auf 1.9 % bzw. 1.6 % erwartet. Seit 2015 verlief die Konjunktur bei den Ausrüstungsinvestitionen äußerst belebt. Nach 3.8 % im ablaufenden Jahr sollte sich das Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen auf 2.0 % bzw. 1.8 % verlangsamen. Konjunkturell bedingt dürfte auch die Expansion der Bauinvestitionen etwas nachlassen. Mit Zuwachsraten von 1.8 % bzw. 1.5 % bleibt die Baukonjunktur gleichwohl kräftig.

Im bisherigen Jahresverlauf hat der Welthandel nur wenig zugelegt; dies gilt insbesondere für den Euroraum. Die protektionistischen Maßnahmen dämpfen die weltweite Handelsdynamik. Das Institut geht aber weiter davon aus, dass es zu keiner Eskalation des Handelskonflikts kommt, und erwartet für die kommenden beiden Jahre eine Zunahme des Welthandels um 3.2 %. Die abnehmende weltweite Investitionskonjunktur belastet die österreichische Außenwirtschaft. Nach 5.0 % im ablaufenden Jahr sollte sich die Dynamik der Warenexporte mit Zuwachsraten von 4.0 % bzw. 3.5 % etwas abschwächen. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 3.7 % bzw. 3.2 % erwartet, nach 4.4 % im ablaufenden Jahr. Mit Zuwächsen von 3.4 % bzw. 3.0 % sollte auch die Importnachfrage in den kommenden beiden Jahren kräftig bleiben. Von der Außenwirtschaft dürfte somit weiterhin ein positiver Wachstumsbeitrag ausgehen.

Im Oktober betrug die heimische Inflationsrate 2.2 %. Seit Jahresmitte treiben die Energiepreise den Preisanstieg. Hingegen belief sich die Kerninflation (ohne Energie und Nahrungsmittel) in den letzten Monaten nur auf 1.6 %. Erfreulicherweise hat sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum merklich verringert. Für den Jahresdurchschnitt 2018 wird weiterhin eine Preissteigerung von 2.0 % erwartet. Im weiteren Prognosezeitraum ist mit einem nahezu unveränderten Preisauftrieb zu rechnen. Das Institut geht davon aus, dass die Effekte des Energiepreisanstiegs auslaufen, hingegen dürfte die Kerninflation leicht anziehen. Insgesamt wird somit für die kommenden beiden Jahre eine VPI-Inflationsrate von 2.1 % bzw. 2.0 % erwartet. Diese Prognose unterstellt, dass von den internationalen Rohstoffmärkten keine starken preistreibenden Impulse ausgehen und die heimische Lohnstückkostenentwicklung relativ verhalten bleibt.

In Folge der Hochkonjunktur hat sich die Lage am Arbeitsmarkt merklich verbessert. Im ablaufenden Jahr wurde die Beschäftigung um 2.5 % ausgeweitet und die Arbeitslosenquote laut nationaler Definition ist um 0.8 Prozentpunkte auf 7.7 % gefallen. Mit dem schwächeren Wirtschaftswachstum sollte sich die Dynamik der Beschäftigungsnachfrage verlangsamen. In den kommenden beiden Jahren wird mit einer Ausweitung der Beschäftigung um 1.2 % bzw. 0.8 % gerechnet. Die Arbeitslosenquote wird laut Prognose im Jahresdurchschnitt 2019 auf 7.4 % fallen und im Jahr 2020 auf diesem Wert verharren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat sollte damit jeweils 4.8 % betragen, ausgehend von 4.9 % im ablaufenden Jahr. Die zunehmenden Rekrutierungsprobleme der Unternehmen bei hoher Arbeitslosigkeit deuten auf einen Mis-Match zwischen den von den Arbeitslosen angebotenen und den von den Unternehmen nachgefragten Qualifikationen hin. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erscheinen daher für eine Reduktion des historisch hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit indiziert.

Gegenwärtig stellt sich die Lage der öffentlichen Haushalte recht erfreulich dar. Aufgrund der Hochkonjunktur und der niedrigen Zinsen dürfte der Gesamtstaat bereits im ablaufenden Jahr einen annähernd ausgeglichenen Haushalt verzeichnen. Die Budgetprognose ergibt für die Jahre 2019 und 2020 einen Budgetüberschuss von 0.2 % bzw. 0.4 % des BIP. Aus Sicht des Instituts ist es

aber unbedingt notwendig, weitere Reformmaßnahmen zur Dämpfung der Ausgabendynamik umzusetzen. Finanzielle Spielräume für die geplante Steuerreform 2020, welche auf eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung abzielt, müssen kurzfristig geschaffen werden. Diese Reform bietet auch Möglichkeiten für eine Optimierung der Steuerstruktur. Aus konjunktureller Sicht wäre ein struktureller Budgetüberschuss sinnvoll, da damit ein größerer Spielraum bei Konjunkturabschwüngen geschaffen würde, der das umfassende Wirken der automatischen Stabilisatoren ermöglichen und allenfalls weitere fiskalische Impulse erlauben würde. Aus längerfristiger Sicht müssen Potenziale zur Finanzierung der Kosten der Alterung und von zusätzlichen Ausgaben in zukunftsorientierten, produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung geschaffen werden. Der Einstieg in die Umsetzung von tiefgehenden Strukturreformen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Pensionen und Föderalismus sollten daher umgehend erfolgen.

Die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten sind gegenwärtig hoch, und die Stimmung der Wirtschaftsakteure hat sich eingetrübt. Weitere Belastungen des konjunkturellen Umfelds könnten zu einer merklich geringeren Expansion der Weltwirtschaft führen. Zu nennen ist insbesondere eine Verschärfung der handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und China. Eine Ausweitung auf den Handel von Europa mit den USA würde die Weltkonjunktur wohl merklich und zusätzlich dämpfen. Gegenwärtig herrscht in der US-Wirtschaft noch Hochkonjunktur. Mit dem Auslaufen der Effekte der Steuerreform und einer langsam restriktiveren Geldpolitik könnte sich das Expansionstempo der US-Wirtschaft, insbesondere im Jahr 2020, aber deutlich stärker abkühlen als in dieser Prognose unterstellt. Auch beträchtliche Kurskorrekturen an den Aktienmärkten würden die Wirtschaftsdynamik belasten. Die Straffung der US-Geldpolitik hat in einigen Schwellenländern zu Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen geführt. Ein Übergreifen der Krisen in Argentinien und der Türkei auf andere Schwellenländer würde deren Finanzierungsbedingungen verschlechtern. Die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU bilden weiterhin das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es ist zu beachten, dass die Möglichkeiten der Europäischen Zentralbank, einem Konjunkturabschwung entgegenzusteuern, derzeit gering sind. Weiter zunehmende Sorgen um die Tragfähigkeit von Staatsschulden, etwa in Italien, könnten die Finanzierungsbedingungen im Euroraum beeinträchtigen. Eine merkliche Verschlechterung der konjunkturellen Dynamik in Deutschland würde die heimische Wirtschaftsentwicklung zusätzlich bremsen. Verbessert sich hingegen die Stimmung der privaten Haushalte und Unternehmen im Euroraum, könnte die Konjunkturabschwächung in Österreich geringer ausfallen. Eine durch Reformen auf der Ausgabenseite gegenfinanzierte Absenkung der Abgabenbelastung im Jahr 2020 in Österreich würde die Wirtschaftsentwicklung stärken.

Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2018	2019	2020
Bruttoinlandsprodukt, real	2.7	1.7	1.6
Privater Konsum, real	1.8	1.5	1.4
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.6	1.8	1.6
Bruttoanlageinvestitionen, real	3.4	1.9	1.6
Ausrüstungsinvestitionen, real	3.8	2.0	1.8
Bauinvestitionen, real	3.0	1.8	1.5
Inlandsnachfrage, real	1.8	1.5	1.4
Exporte i.w.S., real	4.4	3.7	3.2
Waren, real (laut VGR)	5.0	4.0	3.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.3	1.8	1.5
Importe i.w.S., real	3.0	3.4	3.0
Waren, real (laut VGR)	2.8	3.6	3.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	4.8	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.5	1.2	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*	7.7	7.4	7.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*	4.9	4.8	4.8
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.3	2.7	2.5
Preisindex des BIP	1.7	2.0	1.8
Verbraucherpreisindex	2.0	2.1	2.0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*	-0.1	0.2	0.4
3-Monats-Euribor*	-0.3	-0.1	0.2
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen*	0.7	1.0	1.2

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

* absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018	2019	2020
Welthandel	1.5	4.7	3.5	3.2	3.2
BIP, real					
Deutschland	2.2	2.2	1.5	1.5	1.6
Italien	1.1	1.6	1.0	0.9	0.9
Frankreich	1.2	2.2	1.6	1.6	1.6
Vereinigtes Königreich	1.8	1.7	1.3	1.2	1.2
Schweiz	1.6	1.6	2.8	1.7	1.7
USA	1.6	2.2	2.9	2.5	1.8
Japan	1.0	1.7	0.9	1.0	0.7
China	6.7	6.9	6.6	6.2	6.0
Polen	3.1	4.8	5.0	3.5	3.2
Slowakei	3.1	3.2	4.0	4.0	3.2
Tschechien	2.5	4.3	3.0	3.0	2.5
Ungarn	2.3	4.1	4.7	3.2	2.5
Slowenien	3.1	4.9	4.5	3.4	3.0
MOEL-5*	2.9	4.5	4.4	3.4	3.0
Bulgarien	3.9	3.8	3.3	3.5	3.0
Rumänien	4.8	7.3	4.0	3.5	3.3
Kroatien	3.5	2.9	2.6	2.8	2.5
Russland	-0.2	1.5	1.5	1.5	1.8
Euroraum	1.9	2.4	1.9	1.7	1.6
NMS-6*	3.2	4.9	4.3	3.3	3.0
EU-28	2.0	2.4	2.0	1.7	1.6
OECD	1.8	2.5	2.4	2.1	1.8
Welt	3.3	3.7	3.7	3.5	3.4
Österreichische Exportmärkte	3.4	5.4	4.0	4.2	4.0
USD/EUR Wechselkurs**	1.11	1.13	1.18	1.16	1.18
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**	45.0	54.8	72.0	68.0	68.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

* MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

** absolute Werte

Rückfragehinweis:

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien
Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Prof. Dr. Martin G. Kocher, direktion@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125
Dr. Helmut Hofer, helmut.hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251
Dr. Klaus Weyerstraß, klaus.weyerstrass@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-233
Paul Glück (Public Relations), glueck@paulglueck.com, Tel.: +43 660 150 5001
